



Die IGFM im Visier der Stasi

Menschenrechtsorganisationen sprechen oft unangenehme Wahrheiten an. Sie werden daher von zahlreichen Staaten misstrauisch beäugt. Die DDR bildete dabei keine Ausnahme. Im Gegenteil. Zwischen der DDR und der Bundesrepublik gab es keine Sprachbarriere, deshalb fiel es den Mitgliedern der IGFM hier besonders leicht, sich für politische Häftlinge einzusetzen. Das waren in der DDR nicht nur, aber vor allem Menschen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und

auf Freizügigkeit wahrnehmen wollten.

Seit Gründung der IGFM bis zur Wiedervereinigung 1990 hat sich die IGFM für Tausende politisch verfolgter Bürger der DDR erfolgreich eingesetzt. Die SED und die Staatssicherheit bekämpften diese Arbeit.

zum "Staatsfeind" erklärt

Wegen ihres grundsätzlichen Engagements für die Achtung der Menschenrechte und die Freilassung politischer Gefangener in der DDR erklärte der Minister für die Staatssicherheit der DDR, Generaloberst **Erich Mielke**, die IGFM, damals noch Gesellschaft für Menschenrechte (GFM) am 17.9.1975 zum Staatsfeind der DDR. Erich Mielke befahl, dass "alle operativen Dienstleistungen in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich den Aktivitäten der GFM und den auf diese zurückzuführenden Erscheinungen und Auswirkungen in der DDR die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und durch geeignete politisch-operative Maßnahmen sowie durch eine qualifizierte Informationstätigkeit zur Bekämpfung der GFM beizutragen" hatten. In der Folge wurde die IGFM durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) offen und verdeckt bekämpft.

In den von der Gauck- bzw. Birthler-Behörde gesicherten Stasi-Unterlagen ist nachzulesen, dass für "offensive Maßnahmen zur



Störung, Verunsicherung, Lähmung bis zur Liquidierung feindlicher Kräfte im Operationsgebiet bzw. Stützpunkte im Innern der DDR“ Operationspläne angelegt wurden, die durch Agenten (IM) zu erfüllen waren. In “Zentralen Operativen Vorgängen” (ZOV) wurden “Aktionen” in allen Einzelheiten festgelegt.

Entsprechend dieser Pläne wurden Fälschungen (z.B. Briefköpfe, Unterschriften) angefertigt, gefälschte Briefe und Pressemitteilungen im Namen von Vorstandsmitgliedern verschickt, Gerüchte und Lügen verbreitet, Gerüchte und Lügen

mit Wahrheiten und Halbwahrheiten vermischt, Zeitabläufe bewusst verkürzt oder falsch dargestellt, um die IGFM in ein schlechtes Licht zu rücken und ihre Arbeit zu diskreditieren. Seit etwa 1984 wurde versucht, gezielt die IGFM in eine rechtsextreme Ecke zu drängen, die zudem angeblich mit Geheimdiensten zusammenarbeite und Diktaturen unterstütze.

1989 arbeiteten über 30 Stasi-Offiziere an der “Zersetzung” der für sie unbequemen IGFM.

Die IGFM wurde nicht nur vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bekämpft, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland (westliche Bundesländer) von zahlreichen willigen, zum Teil bezahlten Helfern, von Mitgliedern kommunistischer Parteien und anderen Linksextremisten unterstützt. Sie beriefen und verließen sich auf die falschen oder konstruierten Informationen des MfS.

Die Angriffe gegen die IGFM haben nach dem Fall der Mauer nachgelassen. Aber leider gibt es auch heute noch Personen, die ungeprüft Verleumdungen, die auf die Stasi zurückgehen, glauben oder sogar weiterverbreiten.

Weitere Antworten auf Ihre fragen finden Sie hier



Joachim Gauck bei
einer IGFM-
Pressekonferenz am
13.04.2002



Joachim Gauck:
Festrede anlässlich
des 30jährigen
Bestehens der IGFM